



Rede von
Guido van den Berg
Vorsitzender der Rhein-Erft SPD

„Wir im Rhein-Erft-Kreis.“

**anlässlich der Feierstunde am 11.10.2006
der SPD-Kreistagsfraktion und der Rhein-Erft SPD
zur konstituierenden Sitzung am 14. Oktober 1976,
vor 30 Jahren im Kreishaus Bergheim**

Ehrung von Klaus Lennartz und Jupp Kings
für ununterbrochene Zugehörigkeit über 30 Jahre im Kreistag

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

wir feiern aber nicht bloß das 30 jährige Bestehen des Kreistages des Erftkreise und des heutigen Rhein-Erft Kreises in seiner heutigen Form. Wir erinnern auch daran, dass am 13. Oktober 1946 in dem Gebiet unseres heutigen Kreises die ersten freien und geheimen Kommunalwahlen nach dem zweiten Weltkrieg stattfanden. Also ziemlich genau vor 60 Jahren.

Vorausgegangen war dieser ersten demokratisch gewählten Vertretung nach dem Krieg bereits eine erste begrenzte Form der kommunalen Selbstverwaltung. Die britische Militärregierung setzte ab der zweiten Jahreshälfte 1945 Bürgermeister und Landräte ein und ernannte auch Rats- und Kreistagsmitglieder um die kommunalen Angelegenheiten zu regeln.

Wenn man heute im Sitzungssaal diese Kreistages steht, so fällt es sicher schwer, ein Vorstellung davon zu entwickeln, welchen Herausforderungen angesichts von Not und Leid in der Bevölkerung sich die Politik der ersten Stunde zu stellen hatte.

Einen Eindruck vermittelt vielleicht das Entschuldigungsschreiben, das das Pulheimer Kreistagsmitglied Gottfried Grevenstein im Vorfeld der ersten Sitzung des Kreistages Köln-Land am 18. Januar 1946 in der Schützenhalle in Frechen verfasste. Er begründete sein Fernbleiben von ersten Sitzung des Kreistages wie folgt:

„Teile hierdurch gefälligst mit, dass ich an der Kreistagsitzung nicht teilnehmen kann, weil ich nicht die nötigen Kleidungsstücke besitze, um mich sehen lassen zu können. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass ich keinen Anzug, keine Schuhe und keine Kopfbedeckung mehr habe und es mir trotz aller Bezugsscheine nicht gelungen ist, auch nur ein Hemd, viel weniger einen Anzug zu bekommen. Ich habe nur etwas anzuziehen, um mich wenigstens auf der Arbeit sehen lassen zu können.“

Mit der Verordnung Nr. 21 der britischen Militärregierung vom 01. April 1946 wurde dann die so genannte „Norddeutsche Kommunalverfassung“ mit einer Doppelspitze etabliert. Nach britischem Vorbild sollten die politischen Entscheidungen im Rat fallen und die Verwaltung unpolitisch aber loyal zuarbeiten. Folglich wurde in jeder Kommune ein ehrenamtlicher Bürgermeister, im Kreis ein ehrenamtlicher Landrat sowie jeweils hauptamtliche Verwaltungschefs vorgesehen.

Vor 60 Jahren fanden dann am 13. Oktober 1946 die erwähnten ersten freien Kommunalwahlen nach dem zweiten Weltkrieg statt. Im Kreis Bergheim wurden Johannes Even und im Landkreis Köln Johannes Wolff zu Landräten gewählt. Oberkreisdirektoren wurden Jakob Kloss für den Kreis Bergheim und Dr. Joseph Maria Koch für den Landkreis Köln.

Im Kreis Bergheim folgten die Landräte Johann Großmann, Dr. Alexander Kabza, Matthias Werner, Albert Schlangen und Richard Kasper sowie die Oberkreisdirektoren Dr. Manfred Gottstein und Dr. Hans-Ludwig Oberbeckmann. Im Landkreis Köln folgten die Landräte Josef Scheuren, Max Nagel, Toni Lux, Josef Hürten und Matthias

Fischer sowie die Oberkreisdirektoren Dr. Wilhelm Genrich und Dr. Karl-Heinz Gierden.

Am 05. September 1974 kam es dann zur kommunalen Neugliederung und die Landkreise Bergheim und Köln wurden zum neu geschaffenen Erftkreis zusammengefasst. Hinzu kam auch noch die neue entstandenen Stadt Erftstadt, deren Kommunen zuvor zum Kreis Euskirchen gehört hatten.

Übergangsweise für den Zeitraum vom 01.01.1975 übernahm Matthias Fischer als Beauftragter die Aufgaben des Landrates und des Kreistages und Dr. Hans-Ludwig Oberbeckmann die Aufgaben des Oberkreisdirektors war.

Nach der Kommunalwahl am 04. Mai 1975 konnte der erste Kreistag des neu gebildeten Erftkreises Dr. Bernhard Worms zum Landrat und Dr. Helmuth Bentz zum Oberkreisdirektor wählen. Durch die Wesseling-Entscheidung musste dann jedoch 1976 neu gewählt werden und der Kreistag trat erstmals am 14.10.1976 in der heutigen Form zusammen. Nach acht Jahren folgte für ein Jahr Willi Kaiser als Landrat, bis es der SPD bei den Kommunalwahlen im Oktober 1984 gelang die Mehrheitsverhältnisse zu verändern.

Klaus Lennartz wurde Landrat und sollte es fast 11 Jahre bleiben. Eine Zeit in der dieser Kreis eine eigene Identität entwickelte und gleichzeitig einen tief greifenden Wandel vollzog. Es war den Sozialdemokraten gelungen die prägende politische Kraft zu werden, die den tief greifenden ökonomischen Strukturwandel als Chance begriff. Obschon die alten tragenden Säulen der Industrie massiv durch Rationalisierungsdruck Arbeitsplätze verloren, gelang es durch eine mutige aber solide Wirtschafts- und Strukturpolitik viele neue Unternehmensansiedlungen vorzunehmen. Die Medienwirtschaft, die Telekommunikation aber auch zahlreiche Dienstleistungsunternehmen wurden neue Standbeine. Es gelang dem Erftkreis den Strukturwandel vom sekundären zum tertiären Sektor ohne merkliche Verwerfungen zu gestalten. Ein Blick in andere Regionen unseres Bundeslandes zeigt, dass dies bei weitem noch nicht allen gelungen ist und einige sich möglicherweise sogar auf dauerhafte Hilfen und Subventionen eingestellt haben. Dies war im Erftkreis anders.

Von 1987 an stellte die SPD mit Wolfgang Bell auch den Oberkreisdirektor, der von 1995 bis 1999 auch erster hauptamtlicher Landrat nach der Abschaffung der Doppelspitze werden sollte. Seit 1999 ist Werner Stump Landrat des Kreises.

Da wir zurzeit die Kreisgeschäftsstelle umbauen, ist mir vor einigen Wochen ein Artikel in die Hände gefallen, lieber Klaus, in dem Du von der Jugendorganisation der politischen Konkurrenz als Landrat karikiert wurdest. Du wurdest von der jungen Union als „Gouverneur des Erftkreises“ bezeichnet. Ich fand den Begriff eigentlich treffend, weil er deutlich macht, dass Du Deine Aufgabe zu keinem Zeitpunkt auf das Repräsentieren beschränkt hast, Du bist immer mehr als ein „ehrenamtlicher Landrat gewesen“ Es mag einige verständlicherweise gestört haben, aber Du hast gesteuert, gelenkt und gestaltet. Du bist ein gutes Beispiel dafür, dass letztlich nicht bloß das politische System und formale Funktionen die Einflussmöglichkeiten bestimmen sondern immer eben auch immer noch der Mensch an sich. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir den zugebenermaßen tendenziösen Hinweis, dass mir auch

heute ein umtriebiger – vielleicht auch mal über das Ziel hinausgehender – Gouverneur allemal lieber ist als ein auf Tourismus fixierter Kurdirektor.

Josef Kings gehört ebenso wie Klaus Lennartz seit der kommunalen Neugliederung 1976 dem neu gebildeten Kreistag unseres heutigen Kreises an. Lieber Jupp, es ist schon fasst peinlich dies heute auszusprechen – schließlich weiß es ja jeder: Du gehörst zu den Urgesteinen der Kommunalpolitik in unserem Kreis. Die Menschen in Horrem wissen, dass Du im wahrsten Sinne des Wortes ein Kümmerer bist.

Besonders schlaue Zeitgenossen meinen ja immer, dass man kommunaler Politik keine besondere Bedeutung zumessen müsse, da es ja hier um Kanaldeckel gehe. Ich empfehle diesen Zeitgenossen einmal bei Josef Kings in Götzenkirchen vorbeizuschauen und sich einmal auflisten zu lassen, welche Investitionen er für seinen Ort durch persönlichen Einsatz möglich gemacht hat, dies fängt bei Feuerwehrfahrzeugen für hunderttausende Euro, geht aber weiter über hochmoderne Infrastruktureinrichtungen, Erneuerung von Straßenzügen und endet bei millionenschweren Bahnhofsumbauten. Einsatz für Horrem, für die Menschen in seinem Umfeld, das ist das Programm von Josef Kings.

Meine Damen und Herren,

die Geschichte unseres Rhein-Erft-Kreises aber auch das beschriebene Engagements unserer Akteure macht deutlich, dass wir selbstbewusst und auch ein wenig stolz für unsere kommunale Selbstverwaltung werben sollten. Ich selber ärger mich immer, wenn ich jene Darstellungen in den Schulbüchern sehe, bei denen die Kommunalpolitik ganz unten angeordnet ist. Darüber kommt die Landes-, die Bundes-, die Europapolitik oder sonst was. Man erliegt dabei dem Irrglauben, dass man zentrale politische Aufgaben und Probleme nur „von oben“ steuern kann. Dabei ist es in Wirklichkeit so, dass zum Beispiel erfolgreiche Integration von Ausländern viel weniger durch ein Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene verbessert werden kann als vielmehr durch konkretes Handeln vor Ort im Sportverein. Und es ist auch so, dass man Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel weniger durch ein neues Gleichberechtigungsgesetz voranbringt als vielmehr durch Ganztagskindergärten oder Ganztagschulen vor Ort.

Es gibt diese komische Pyramide in Wirklichkeit gar nicht, bei der die Kommunalpolitik ganz unten steht, quasi als Kellergeschoss der Demokratie. Das ist Unsinn. In Wirklichkeit sind es Säulen neben einander, die unser Zusammenleben tragen. Und die Säule der Kommunalen Politik ist vermutlich zentraler und tragender für die Aufgaben und Probleme als wir denken.

Warnen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass wir uns allzu sehr einen betriebswirtschaftlichen Sprachgebrauch für das Feld der Kommunalpolitik angewöhnen. Das neue kommunale Finanzmanagement mit seinen Budgets und Produkten verleitet dazu. Wer am Ende nur noch von Kunden und Preisen spricht, der verfällt automatisch dem Glauben, dass rationalisiert werden müsse und Leistungen zurückzufahren sind. Gerade aber in den entscheidenden Zukunftsfeldern unseres Gemeinwesens ist das Gegenteil angebracht: In Kindergärten, in den Schulen, bei einigen Infrastrukturprojekten. Wer nur noch glaubt, Preise senken zu müssen und die

besonderen Aufgaben eines Staatswesens nicht mehr erkennt, Solidarität, Zukunftsausrichtung und Gerechtigkeit herzustellen, der offenbart im Kern eigentlich nicht nur eine erschreckende Verachtung gegenüber dem Staat sondern letztlich auch Verachtung gegenüber der Demokratie. Es bleibt richtig: Nur ganz Reiche können sich einen schwachen Staat leisten und eigentlich diese auch nicht.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch nicht verschweigen, dass der Kreis für sich genommen nicht als Organisationsprinzip bestand haben muss. Zum einen ist die Finanzierung der Landkreise über die so genannte Kreisumlage eine Finanzierungsmethode, die nicht besonders zum wirtschaftlichen Handeln anreizt. Der Kreis erhebt bis auf die Jagdsteuer als Bagatellsteuer keine eigenen Steuern und finanziert sich über die Kommunen. Zum anderen muss man kritisch die Frage stellen, ob man künftig nicht gerade eines sich verstärkenden Wettbewerbs im Zeichen der Globalisierung auch eine Regionale Identität in der Großregion Köln vornehmen sollte. Analog zu „Greater London“ bräuchten wir eigentlich ein „Greater Cologne“. Um es kurz und bündig zu sagen, ich weiß nicht, ob unsere heutige Kreisstruktur der Weisheit letzter Schluss ist.

Unsere Aufgabe bleibt es, für Teilhabe in der Gesellschaft zu kämpfen. Zur Teilhabe am Sagen und am Haben in unserer Gesellschaft. Das ist unser Weg gerade auch für die kommunale Politik. Ich gebe zu, manchmal suchen wir und manchmal stolpern wir auch. Aber wir verzagen nicht und wir verzweifeln auch nicht. Die Welt gehört den Begeisterten, die in der Lage sind kühlen Kopf zu bewahren. Und davon sehe ich heute viele hier im Saal.

„Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.